



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/125 - 2.6.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Der Graben zwischen CDU und FDP	S. 1
Die Wirtschaftsphilosophie Eisenhowers	S. 3
Zum Sudetendeutschen Tag in München	S. 5
FDJ-Pfingstrummel - eine Fassade	S. 7

Dehlers eigener Standpunkt

F.P. Der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Dehler hat in diesen Tagen die gefährlich dünne Nachtstellen innerhalb der Regierungspalanz noch betonter als bislang aufgezeigt. Er benutzte hierfür am vergangenen Wochenende den Landesparteitag der FDP in Schleswig-Holstein. Gleichzeitig setzte sich Dehler sehr unfreundlich und "grundsätzlich" mit dem Kölner CDU-Bundesparteitag auseinander.

Wenn Thomas Dehler als Vorsitzender und Fraktionsführer einer Regierungspartei sichtlich bewegt und mit spürbarem Ernst jetzt in Schleswig-Holstein den Wahlerfolg der CDU mit den Worten kommentierte: "Ich habe unter dem Wahlausgang gelitten", dann ist dieser Ausspruch schon recht bezeichnend. Hier wird nicht nur eine schwere Verärgerung über das gewaltige numerische Übergewicht einer anderen Regierungspartei sichtbar, sondern auch der Wunsch, sich eines Tages der Ursache seines Leidens zu entledigen! Jedenfalls ist seit der Tagung in Bad Oidee-see der Graben zwischen FDP und CDU noch breiter geworden. Dehler bestreitet der CDU rundweg die Fähigkeit, ein echtes Verhältnis des Staatsbürgers zu seinem demokratischen Staat herstellen zu können. Gerade dieses Vermögen hatten aber der Bundesvorsitzende wie sein evangelischer Parteifreund Dr. Ehlers kurz vorher als das besondere, ja geschichtliche Verdienst der CDU den Parteitagsdelegierten gegenüber hervorgehoben. Es wird

in der nächsten Zeit großer Anstrengungen der CDU bedürfen, um die Dehlersche These zu entkräften: Die konfessionelle Spaltung in den Schulen werde laufend auf allen Ebenen fortgesetzt und gerade dies bedeute eine Fehlentwicklung im Verhältnis des Bürgers zu seinem Staat und zu der diesen tragenden demokratischen Regierungsform.

Sehr deutlich war über den schleswig-holsteinischen FDP-Parteitag auch zu vernehmen, wie wenig der Bundesvorsitzende dieser Partei noch an die Unfehlbarkeit gerade auch der Innenpolitik der Bundesregierung und ihrer maßgebenden Partei glaubt. Das zeigte besonders sinnfällig Dehlers scharfe Kritik an der Haltung des Stabtruppenführers des politischen Katholizismus, des Familienministers Würmeling. Bei dieser Gelegenheit erhielt auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Oberkirchenrat Dr. Ehlers, einen scharfen Seitenhieb und die deutsche Öffentlichkeit einen weiteren Einblick in das gespannte Koalitionsverhältnis: Wenn man über ein Kirchenamt verfüge, so besitze man damit noch nicht unbedingt eine Befähigung für die Politik, stellte Dehler bissig fest. Dem ist nichts hinzuzufügen, es sei denn die Frage, ob auch an das Ohr Dr. Ehlers gedrungen ist, was in Niedersachsen die CDU-Spatzen von den Bäumen pfeifen: Dr. Ehlers, der immerhin evangelischer Oberkirchenrat ist, habe seine Solidarität mit dem katholischen Klerus bei der Ablehnung des niedersächsischen Schulgesetzes wegen gewisser Ambitionen auf die Ministerpräsidentenschaft in Hannover so laut zum Ausdruck gebracht.

In der Saarfrage freilich scheinen sich nunmehr Freie und Christdemokraten endgültig zu trennen. Die verhängnisvolle Erklärung Konrad Adenauers, Deutschland habe zwar ein Recht an der Saar, aber dieses Recht lasse sich nicht durchsetzen und deshalb also die unausgesprochene Parole, 'Verzicht auf gültiges Völkerrecht gegen Eintauch bescheidener Wirtschaftsbeziehungen', will die FDP nach Dehler unter keinen Umständen gelten lassen. Bei der nach französischer Auffassung bestehenden engen Verbindung von Saarfrage und EVG wird der Bundeskanzler sich vermutlich fragen, was ihm dann noch das erneute Bekenntnis des FDP-Vorsitzenden zum EVG-Vertrag praktisch nützen soll. Mit der von Dehler an der SPD geübten Kritik, sie habe sich gegen Adenauers Integrationspolitik gestemmt, ist auch kein Laufsteg über den Saargraben, der den Kanzler-CDU-von Dehler-FDP-Standpunkt trennt, gelegt.

In Schleswig-Holstein will die FDP kein Wahlbündnis mehr eingehen. Mit Blockbildungen habe die FDP "zu schlechte Erfahrungen" gemacht. Mit solcher Feststellung können eines Tages auch Konsequenzen auf der Bundesebene verbunden sein.

Gefahren für TVA ?

O.L.-New York, Anf. Juni

In den letzten Tagen hat sich eine Veränderung in der Verwaltung der größten Damm- und Elektrizitäts-Anlage der Vereinigten Staaten vollzogen, in der Tennessee-Valley-Authority, dem weltbekannten TVA. Bekanntlich ist diese Kombination von großen Dammbauten zum Schutze eines großen Teiles der früher von Fluten bedrohten Felder des Staates Tennessee unter Franklin Roosevelt begonnen und unter Truman weiter ausgestaltet worden. TVA hatte einen großen Anteil an der Verbilligung des Kraft- und Lichtstromes für hunderttausende Farmer in Tennessee, Kentucky und Mississippi - und darüber hinaus für alle Konsumenten von Elektrizität in den Vereinigten Staaten. Die elektrische Energie aus dem Tennessee-Tal versorgt zahllose Industriewerke mit Strom und hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Atom-Energie zu entwickeln. Noch selten hat ein Unternehmen dieser Art einen so großen Einfluß auf die Umgestaltung und Verbesserung des Lebens von vielen zehntausenden Familien und einer ganzen Volkswirtschaft ausgeübt.

Der Name TVA ist zu einem Symbol und Lösungswort für die Welt geworden: Man spricht von "TVA"-Bauten am Jordan, an der Donau, in Indien, in Afrika. Wenig wirtschaftliche Errungenschaften der Vereinigten Staaten in den letzten zwanzig Jahren sind so sehr Gemeingut der Welt geworden und haben so sehr dazu beigetragen, Verständnis und Bewunderung für das neue Amerika zu wecken, wie das TVA.

Dieser Tage hat Präsident Eisenhower Clapp, den Vorsitzenden des dreigliedrigen "Board" des TVA, nach Ablauf der gesetzlichen Amtsdauer von acht Jahren ohne Sang und Klang ziehen lassen, obwohl noch kein Nachfolger ernannt oder in Sicht ist. Kongreßmitglieder, lokale Bürgermeister, viele zehntausende Anrainer hatten Clapps Wiederernennung gefordert. Da seine Tätigkeit von niemand anderen als den ärgsten Verfechtern von Privatinteressen kritisiert worden war, kann es nur einen Grund geben, warum Eisenhower Clapp nicht wieder ernannte: Nämlich daß er zu tüchtig war und für die Weiterführung und Ausgestaltung des TAV zu viel leisten könnte.

Es ist die republikanische Feindschaft gegen das TVA und die Ergebenheit gegenüber den privaten Interessen auf dem Gebiete der Elektrizitätsproduktion, die Präsident Eisenhower verhindert hat, einen bewährten, allgemein anerkannten Fachmann, der keine Parteibindungen hat, in seinem Amt zu belassen.

Die Nicht-Ernennung Clapps hat ihre traurige-Vorgeschichte. Vor einigen Monaten bezeichnete Präsident Eisenhower das TVA als "schleichenden Sozialismus" (Creeping Socialism). Er hat diese unbedachte Äußerung nachher einigermaßen zu korrigieren versucht, aber die Republikaner hätten es nicht zugelassen, daß das TVA weiter in der Obhut des Mannes blieb, der mit Ausnahme von David Lilienthal mehr als irgendein anderer dazu getan hat, das große Werk so erfolgreich zu gestalten. Einer von Eisenhowers Beratern, der von ihm auf einen wichtigen Posten berufen worden war, sprach sich offen für den Verkauf des TVA an die Privatindustrie aus. Das ließ nicht einmal Eisenhower durchgehen. Aber inzwischen geschah alles, um die privaten Elektrizitäts- und Gasgesellschaften in anderen Teilen Amerikas, vor allem im Westen, zu fördern und große Dammbauten des Bundes zu unterbrechen oder privaten Gesellschaften zu überantworten. Dann wurde irgendein lokaler republikanischer Parteimann aus dem Tennessee-Gebiet von der Parteimaschine für den Posten beim TVA vorgeschlagen. Eisenhower schien bereit zu sein, sich diese Ernennung von den Republikanern aufzwingen zu lassen, zögerte aber im letzten Augenblick, diese parteipolitische Ernennung vorzunehmen.

In dieser merkwürdigen Ecksternacher Sprungprozedur machte er aber nun wieder einen Schritt zurück und nahm zunächst überhaupt keine Ernennung vor. In einer seiner letzten Pressekonferenzen erklärte der Präsident, daß er jemand suche, der für das TVA geeignet sei und seine (Eisenhowers) Wirtschaftsphilosophie teile. Aber eine Wirtschaftsphilosophie, die das TVA als "schleichenden Sozialismus" verdammt und zugleich dieses große gemeinwirtschaftliche Werk weiterführen und voll ausnützen will, kann man in einem einzigen Mann kaum vereinigen. So hat Clapp wenige Tage nach seiner Befreiung von allen offiziellen Pflichten und Hemmungen mit Recht darauf verwiesen, daß in der Erklärung Eisenhowers ein unlösbarer Widerspruch liege; denn das Gesetz über die Errichtung des TVA, das auch für den neuen Vorsitzenden des Board maßgebend sein muß, macht es ihm selbstverständlich zur Pflicht, für die in dem Gesetz aufgestellten Grundsätze der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Erzeugung von Elektrizität und der Verbilligung ihres Preises zu wirken. Was wird also der neue Vorsitzende, den Eisenhower noch nicht gefunden hat, tun? - Es geht um höhere Profite - das ist auch der tiefere Grund, warum die Republikaner des TVA mit scheelen Augen ansehen. Eine längere Dauer der republikanischen Herrschaft wird diese Gefahren zweifellos verschärfen.

Nicht stehen bleibenVon Richard Reitzner, MdB

Zu Pfingsten werden sich etwa 300000 Sudetendeutsche in München versammeln, getragen von der Liebe zur alten Heimat. Die Stadt an der Isar, die Feste gewohnt ist, wird einige Tage ein besonderes Gepräge aufzeigen. Die Sudetendeutschen, - so sagt man, zeichnet ein starkes Gefühl von Stammeszugehörigkeit aus. Das ist richtig, denn allein das gemeinsame Schicksal hat bindend gewirkt.

In jedem großen äußerlichen Bilde aber liegt auch die Gefahr der eigenen Selbsttäuschung. Es ist deshalb der Mühe wert, darüber nachzudenken, welcher Art die Bindungen sind, die so viele Menschen aus Deutschland und Österreich zusammenführen. Sicher wird die sudetendeutsche Kundgebung zu Pfingsten vor allem ein Bekenntnis zur alten Heimat sein. Darüber hinaus wird doch bei vielen nicht nur die Sorge um die eigene Existenz, sondern auch die Sorge um das Schicksal und die Zukunft eines geängstigten Zeitalters aufziehen, in dem wir gezwungen sind zu leben. Ich selbst glaube, daß das Ringen um die Rückkehr in die alte Heimat ein gerechtes und sittlich vertretbares Ziel ist, für das es sich lohnt zu wirken. In diesem Zusammenhange sollten jedoch keine Pläne, die verfrüht oder gar fragwürdig sind, entstehen.

Nur eins ist sicher: Die Rückkehr in die Heimat kann nicht mit Gewalt erzwungen werden. Ein solches Beginnen wäre selbstmörderisch. Ich bin sicher, daß die Mehrheit der Sudetendeutschen in München wiederum auf Haß und Rache verzichten und auch die Kollektivschuldthese jenen Völkern gegenüber ablehnen werden, deren Führung die Austreibung vorbereitet und vollzogen hat. Das haben die Heimatvertriebenen in der Vergangenheit öfter und feierlich erklärt. Trotzdem soll davon nochmals gesprochen werden, weil der Sudetendeutsche Tag Anlaß bieten wird, von den Sudetendeutschen und ihrer Geschichte zu berichten. Es ist wahr, (und wo trifft das nicht zu?), daß die Sudetendeutschen nicht immer in ihrem Interesse gehandelt haben. Aber man sollte insbesondere die Haltung der Mehrheit der Sudetendeutschen im Jahre 1938 nur im Lichte der innen- und außenpolitischen Ereignisse beurteilen und diese Haltung nicht als den Normalzustand einer Volksgruppe ansehen.

Vor allem sollte man die heroische Haltung des demokratischen Sektors der Sudetendeutschen weder leugnen noch verniedlichen. Seitdem aber ist von den Sudetendeutschen selbst manches selbstkritische und einsichtige Wort gesprochen worden. Obwohl die sudetendeutsche Volksgruppe

sich aus verschiedenen geistigen Bewegungen zusammensetzt, war eine Verständigung über das zentrale Anliegen der Sudetendeutschen möglich. Das ist ein Fortschritt, der sehr bedeutsam ist, uns aber noch nicht berechtigt, stehen zu bleiben.

Der Sudetendeutsche Tag in München wird sicher ein sudetendeutsches Gepräge haben. Das bedeutet nicht, daß uns die weltweiten Zusammenhänge nicht bekannt wären. Vor allem muß uns der Zusammenhang unserer eigenen Zukunft mit jeder Außenpolitik klar sein. Die Verwirklichung des Heimatrechts ist zwar eine Zukunftsaufgabe, die Bedingungen dafür aber müssen schon in der Gegenwart geschaffen werden. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit im Innern, sowie die Wiedervereinigung Deutschlands, sind gleichermaßen unerläßliche Voraussetzungen.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die soziale Gerechtigkeit und die Wiedervereinigung Deutschlands als Geschenke überreicht werden. Dafür müssen wir selbst stärker und bewußter als bisher wirken. Wir sollten daher das starke und ehrliche Heimatbewußtsein der Vertriebenen in einem Impuls für eine gerechte Sozialordnung und für die Wiedervereinigung Deutschlands umwandeln und jeder sollte an seinem Platze für eine neue menschliche Gemeinschaft und für einen echten Bund freier Völker auf freiem Grunde wirken.

Ein wesentlicher Teil der Geschichte der Sudetendeutschen hängt zusammen mit der Entwicklung der Völker zum Nationalstaat. Diesen oft überhitzten Strömungen konnten sich auch die Grenzland-Deutschen nicht entziehen. Das Jahrhundert des nationalen Erwachens schuf wohl Impulse, aber gleichzeitig bildete der Nationalstaat, der sich abschloß, ein Hindernis für jenen Weg, den wir jetzt doch gehen müssen, weil wir auf die anregende Vielheit des föderalistischen Aufbaues nicht verzichten wollen. Das äußere imponierende Bild des Sudetendeutschen Tages wird seinen inneren Wert beweisen, wenn wir willens sind, uns für das europäische Gemeinschaftsprinzip auf der Grundlage der persönlichen und geistigen Freiheit einzusetzen. Dann wird die Heimat nicht nur hinter uns, sondern erreichbar vor uns liegen; denn das Schicksal, das uns getroffen hat, ist weder unabwendbar, noch stehen wir machtlos unbekanntem Kräften gegenüber. Dabei müssen wir uns unserer eigenen Mitverantwortung immer mehr bewußt werden. Damit aber schaffen wir die Möglichkeit, daß die Hoffnung auf Gerechtigkeit verwirklicht wird.

+ + +

FDJ - Pfingstrummel - eine Fassade

(sp) Zu Pfingsten soll in Ostberlin wieder marschiert werden. Die kommunistische Zwangs-Jugendorganisation wird aufgeboten, durch Massenaufmärsche und Musik die Isolierung des SED-Regimes zu durchbrechen.

Aber welcher Wandel zeichnet sich gegenüber den FDJ-Veranstaltungen der Jahre 1950/51 und 1952 ab. Damals zog man aus, um Westberlin und Deutschland zu erobern. Wer heute hinter der Propaganda zu lesen versteht, wird merken, daß es sich 1954 um nichts anderes handelt, als den Versuch, unter der Jugend das politische Terrain zurückzugewinnen, das am 17. Juni verloren gegangen ist. Damals, ein Spiel mit dem Feuer, heute die Absicht, das Feuer auszutreten, das am 17. Juni entzündet wurde.

Der Schock des Jahres 1952, als Folge der Umwandlung der FDJ zu einem aktiven Instrument der kommunistischen Renilitarisierung, hat die FDJ-Kader tief getroffen. Je intensiver diese Aufrüstungspropaganda wird und je stärker die Versuche zur Erfassung der Jugend werden, umso tiefer bröckelt es am Fundament der FDJ. Diese Zwangslage zu überwinden, ist bis heute nicht gelungen. Das ist die Erkenntnis, die Ulbricht und der Zentralrat der FDJ erfahren mußten.

Auf diesem Hintergrund schrumpft aber die Bedeutung des Pfingsttreffens in Ostberlin vor der Jugend wie der ganzen Bevölkerung zusammen. Als Faktum bleibt der Wille der Zonenmachthaber, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und Möglichkeiten die Voraussetzung für zukünftig bessere politische Ansatzmöglichkeiten bei der Jugend zu schaffen. Bis heute haben sich aber auch hier die Grenzen gezeigt. Die FDJ erlebt ein absolutes Fiasko, das bereits vor Anlaufen des Treffens mit technischen Mängeln bei der Beschaffung von Unterkünften begründet werden soll.

Aus dem noch vor Monaten angekündigten Treffen der 700000 ist seit langen ein Treffen von 500000 geworden. Und auch diese Zahl kann nicht erreicht werden, da sich bisher nicht mehr als 250000 bis 300000 gemeldet haben. Ob aber auch alle diese Jugendlichen, die mehr oder weniger zur Meldung gezwungen wurden, bereit sein werden, nach Berlin zu fahren, bleibt für den Zentralrat ein Unsicherheitsfaktor. Nicht weniger bedeutsam bleibt für ihn die Frage, wieviele Meldungen aus dem Wunsche erfolgten, wieder einmal nach Westberlin zu kommen? Das Hinäuszögern der Entscheidung, Berlin zum Schauplatz des Pfingsttreffens 1954 zu machen, kennzeichnet die Furcht, die man schon vor der Möglichkeit eines Kontaktes mit der freien Welt in der gegenwärtigen Situation hat. Wenn man sich trotzdem für Berlin entschied, dann, weil sich Leipzig im Jahre 1952 als ein zu enger provinzieller Rahmen erwies, von dem keine wesentliche Zugkraft ausging. Für die Aktivierung der VOPC-Werbung und die politischen Zielsetzungen brauchte man 1954 die Berliner Plattform.

Ob es diesmal gelingen kann, durch verstärkte Sicherungs- und Sperrmaßnahmen den Kontakt mit Westberlin zu verhindern? Die Massenquartiere liegen diesmal an den östlichen Grenzen der Stadt. Durch ein pausenloses Programm hofft man, die Jugendlichen weitgehend eingespannt zu haben. Die Kontrolle über 250000 Jugendliche läßt sich außerdem leichter handhaben, wie die über 500000 oder 700000.

Zu Pfingsten in Berlin aber wird sich zeigen, wie wenig sich die Situation seit dem 17. Juni geändert hat, ja, wie sehr dieser 17. Juni heute bewußtseinsmäßig vor allen die junge Generation beeindruckt und ihre Entwicklung bestimmt. Diese Folge des Volksaufstandes hat Bedeutung für die Sowjetzonenmachthaber genau so wie für den Westen Deutschlands, der zu Pfingsten interessiert nach Berlin blicken wird und der sich auf die Begegnung mit den Jungen und Mädchen aus der Sowjetzone freut.